

Die EU gibt zu, dass die Zusammenarbeit mit der israelischen Polizei Massenüberwachung ermöglicht

David Cronin, electronicintifada.net, 07.01.22

Die Europäische Union finanziert Forschungsarbeiten, an denen die israelische Polizei beteiligt ist, obwohl sie zugibt, dass sie zu Spionagezwecken verwendet werden können.

Rechtmäßigen Umgang zuzusichern wird für die EU-„Ethikprüfungen“ offenbar für ausreichend befunden, um zu demonstrieren, dass Datenschutzfragen ernst genommen werden. In der realen Welt ist eine israelische Zusicherung völlig wertlos.

In den letzten Jahren hat ein Projekt namens *Roxanne*(1) analysiert, wie Verbrecher mit Hilfe von Spracherkennungstechnologie und visueller Analyse identifiziert werden können(2).

In dem für die Öffentlichkeit bestimmten Material wird das von der EU finanzierte Projekt, das 8 Millionen Dollar kostet, als harmlos dargestellt(3). Bei Diskussionen hinter verschlossenen Türen, wurden jedoch ernste ethische Fragen aufgeworfen.

Interne EU-Dokumente, die im Rahmen der Informationsfreiheit zur Verfügung gestellt wurden, bestätigen, dass die Gefahr besteht, dass *Roxannes* Ergebnisse für die Massenüberwachung verwendet werden.

Eine im Jahr 2020 durchgeführte „Ethikprüfung“ des Projekts bezieht sich auf Pläne, wonach personenbezogene Daten zwischen der EU und Israel ausgetauscht werden sollen. Die im Rahmen des Projekts gesammelten Daten werden „besondere Kategorien“ umfassen, wie z. B. Angaben zu genetischen Merkmalen, „Gesundheit, sexuellem Lebensstil, politischer Meinung, religiöser oder philosophischer Überzeugung“ von Personen, heißt es in dem Papier [siehe am Ende des Originalartikels].

Die damit zusammenhängenden Fragen sind seit der Durchführung der „Ethikprüfung“ noch dringlicher geworden. Sorgfältige Untersuchungen von Menschenrechtsgruppen(4) haben im vergangenen Jahr gezeigt, dass die israelische Spionagesoftware *Pegasus* in größerem Umfang als bisher bekannt zur Überwachung von Aktivist:innen und Journalist:innen in verschiedenen Ländern eingesetzt wird.

Die israelische Polizei und das israelische Ministerium für öffentliche Sicherheit gehören zu den Teilnehmern an *Roxanne*(5). Eine der Voraussetzungen für ihre Beteiligung ist, dass alle Daten, die sie in die EU exportieren, rechtmäßig erhoben werden.

Rechtmäßigen Umgang zuzusichern wird für die EU-„Ethikprüfungen“ offenbar für ausreichend befunden, um zu demonstrieren, dass Datenschutzfragen ernst genommen werden. In der realen Welt ist eine israelische Zusicherung völlig wertlos.

Institutioneller Rassismus

Die israelische Polizei bemüht sich um neue Befugnisse, die eine umfassendere Überwachung ohne richterliche Anordnung ermöglichen werden. Ein zentraler Vorschlag ist, dass Kameras an öffentlichen Plätzen genutzt werden könnten, um die Gesichter von Personen mit den Daten in Polizeidatenbanken abzugleichen. Eine solche Empfehlung sollte die israelische Polizei an sich vom Projekt *Roxanne* disqualifizieren, die ein Lippenbekenntnis zum Grundsatz des „Bewusstseins für die Privatsphäre“ ablegt(6).

Die israelische Polizei und das Ministerium für öffentliche Sicherheit haben ihren Sitz in Ostjerusalem, das seit 1967 militärisch besetzt ist. Für die EU, die offiziell verpflichtet ist, nichts dazu beizutragen, was der Eroberung und Kolonisierung Ostjersalems Legitimität verleiht, sollte der Umgang mit ihnen grundsätzlich tabu sein.

Es gibt natürlich noch zahlreiche andere Gründe, warum die israelische Polizei nicht in den Genuss von Forschungsgeldern der EU kommen sollte. Ein Hauptgrund ist, dass die israelische Polizei institutionell rassistisch ist.

Ein aktueller *Human Rights Watch*- Bericht über Lydd, eine Stadt in Israel, die auch als Lod bekannt ist, enthält ein eindringliches Beispiel für polizeilichen Rassismus(7). In dem Bericht wird beschrieben, wie die Polizei im vergangenen Mai Tränengas und Blendgranaten auf einen Protest palästinensischer Bürger:innen Israels in Lydd abfeuerte.

Doch in anderen Fällen, in denen jüdische Extremisten im selben Monat in derselben Stadt Palästinenser angriffen, sah die Polizei entweder tatenlos zu oder versäumte es, die Palästinenser:innen zu schützen.

Die israelische Polizei und das Ministerium für öffentliche Sicherheit haben ihren Sitz in Ostjerusalem, das seit 1967 militärisch besetzt ist(8). Für die Europäische Union, die offiziell verpflichtet ist, nichts dazu beizutragen, was der Eroberung und Kolonisierung Ostjersalems Legitimität verleiht, sollte der Umgang mit ihnen grundsätzlich tabu sein(9). Vieles deutet darauf hin, dass Israel gegenüber den Behörden in Brüssel nicht ganz ehrlich war.

In den Unterlagen für das *Roxanne*-Projekt ist eine Adresse in Israel als offizieller Ansprechpartner des Ministeriums für öffentliche Sicherheit angegeben(10). Wenn Brüsseler Beamte die Website des Ministeriums aufsuchen würden, würden sie erfahren, dass sich der Hauptsitz des Ministeriums in der Clermont-Ganneau-Straße in Ostjerusalem befindet(11).

Ich habe die Europäische Kommission, die für *Horizont 2020* zuständig ist, per E-Mail gefragt, ob sie wegen der Tätigkeiten des israelischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit in Ostjerusalem aktiv werden würde.

Ein Sprecher der Europäischen Kommission behauptete, dass Forschungsprojekte einer „strengen ethischen Bewertung“ unterzogen werden und „bisher keine Anschuldigungen über den Missbrauch“ von *Horizont-2020*-Zuschüssen „nachgewiesen wurden“.

Daraufhin habe ich mich erkundigt, ob die Europäische Kommission die Behauptung bestreitet, dass das israelische Ministerium für öffentliche Sicherheit offenbar unehrlich bezüglich des Standorts seines

Hauptquartiers in Ostjerusalem informiert hat. Der Sprecher antwortete darauf, dass „dies keine Frage für die Kommission ist“.

Die Zusammenarbeit mit der EU ist ein Goldesel für die rassistische Polizei Israels

Als ich mich über diese Antwort verblüfft zeigte und argumentierte, dass die Frage offensichtlich relevant sei, da die EU seit langem ihre Ansichten zum Status Jerusalems geäußert habe, räumte der Sprecher ein, dass ich Recht habe. Der Sprecher wich der Frage jedoch aus, indem er lediglich die EU-Leitlinien(12) aus dem Jahr 2013 zitierte.

Diese Leitlinien sehen vor, dass „israelische Einrichtungen“, die EU-Zuschüsse erhalten, „ihren Sitz innerhalb der Grenzen Israels vor 1967 haben müssen“. „Ich habe dem nichts hinzuzufügen“, sagte der Sprecher.

Unterdrückungsexperte

Die Beteiligung der israelischen Polizei und des Ministeriums für öffentliche Sicherheit an *Roxanne* und einem anderen EU-finanzierten Projekt namens *Law-Train*(13) löste Proteste der Palästina-Solidaritätsbewegung aus.

Mehr Protest ist nötig. Die israelische Polizei und das israelische Ministerium für öffentliche Sicherheit sind zu mindestens acht weiteren Projekten im Rahmen von *Horizont 2020*, dem aktuellen Forschungsfonds der EU, zugelassen worden.

Darunter befinden sich zwei Initiativen zur Grenzüberwachung: *Andromeda*(14) und *SafeShore*(15). Da die Grenzüberwachung zum Synonym(16) für Grausamkeit gegenüber Flüchtlingen geworden ist, muss man sich fragen, welche Rolle die rassistische Polizei Israels hier genau spielt.

Ein besonders beunruhigender Aspekt dieser Zusammenarbeit ist, dass die Angebereien der israelischen Polizei anscheinend für bare Münze genommen werden. Im Rahmen eines von der EU finanzierten Projekts namens *Shuttle* wird eine Datenbank für Blut, Schuss-waffenrückstände, Haare und Speichel aufgebaut(17). Die israelische Polizei ist daran beteiligt und wird „ihre Erfahrung als forensischer Experte [und] Technologieführer“ einbringen, heißt es auf der *Shuttle*-Website(18).

Es gibt keine Feststellung, dass Israel eigentlich ein Experte für Unterdrückung ist.

Mit der Vergabe von Forschungsgeldern an die israelische Polizei belohnt die EU eine Truppe, die palästinensische Kinder verhaftet(19), ganze Familien in Angst und Schrecken versetzt, indem sie in ihre Häuser eindringt(20) und das Feuer auf Gläubige in der Jerusalemer Al-Aqsa-Moschee eröffnet(21). Die Heuchelei der EU scheint grenzenlos zu sein.

Kurz bevor Hisham Abu Hawash Anfang der Woche seinen Hungerstreik beendete, erklärten EU-Diplomaten, sie seien „ernsthaft besorgt“ über seinen Gesundheitszustand(22)

Die Diplomaten machten sich nicht genug Sorgen darum, um die EU aufzufordern, ihre Zusammenarbeit mit dem israelischen Ministerium für öffentliche Sicherheit einzustellen, das für die Gefängnisse zuständig ist, in denen Abu Hawash und viele andere Palästinenser ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert sind.

[Twitter-Nachricht im Originalartikel]

Im Dezember wurde ein Abkommen unterzeichnet, nach dem Israel vom nächsten Forschungsfonds der EU profitieren kann. Der Fonds mit dem Namen „Horizon Europe“ verfügt über ein Gesamtbudget von rund 110 Milliarden Dollar(23).

[Twitter-Nachricht im Originalartikel]

Erwartungsgemäß warb die EU für das neue Abkommen mit dem Hinweis, dass die Zusammenarbeit mit Israel angeblich große Fortschritte in der Medizin und im Umweltschutz gebracht habe(24). Ebenso vorhersehbar war, dass nicht erwähnt wurde, dass die Zusammenarbeit ein Goldesel für die rassistische Polizei Israels ist.

[Am Ende des Originalartikels befindet sich der *Ethics Check Report*]

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/eu-admits-teaming-israeli-police-enables-mass-surveillance>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

1. <https://electronicintifada.net/content/why-are-irelands-police-teaming-israels-torture-ministry/32181>
2. <https://www.roxanne-euproject.org/media-resources/roxanne-project-brochure.pdf>
3. <https://www.youtube.com/watch?v=iTfO1xbSYGU>
4. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/why-isnt-israel-held-accountable-spying-journalists>
5. <https://www.roxanne-euproject.org/consortium>
6. <https://www.roxanne-euproject.org/data-protection-notice.pdf>
7. <https://www.hrw.org/news/2021/12/14/israel-abusive-policing-lod-during-may-hostilities>
8. <https://electronicintifada.net/content/why-are-irelands-police-teaming-israels-torture-ministry/32181>
9. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/leaked-emails-prove-eu-tries-hide-truth-about-palestine-police-mission>
10. <https://cordis.europa.eu/project/id/833635>
11. https://www.gov.il/en/departments/ministry_of_public_security/govil-landing-page
12. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/has-eu-really-caused-earthquake-israel>
13. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/why-eu-funding-israeli-torturers>
14. <https://www.andromeda-project.eu/project/motivation.html>
15. <http://safeshore.eu/>
16. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/eu-border-guards-ask-no-questions-they-shop-israels-drones>
17. <https://www.shuttle-pcp.eu/project-at-a-glance/vision-and-concept/>
18. <https://www.shuttle-pcp.eu/project-at-a-glance/consortium/ministry-of-public-security/>
19. https://www.dci-palestine.org/israeli_police_arbitrarily_detain_11_year_old_boy_in_east_jerusalem
20. https://www.btselem.org/jerusalem/20211227_israeli_police_break_raid_apartments_beat_occupants_and_falsely_arrest_them_in_east_jerusalem
21. <https://electronicintifada.net/blogs/david-cronin/butchers-gaza-viewed-partners-eu>
22. <https://electronicintifada.net/blogs/tamara-nassar/victory-hunger-striker-after-141-days>
23. <https://electronicintifada.net/blogs/tamara-nassar/eu-really-shocked-about-killing-palestinian-boy>
24. https://ec.europa.eu/info/news/israel-joins-horizon-europe-research-and-innovation-programme-2021-dec-06_en